



Grünliberale Partei Schweiz

Medienmitteilung

Thema	Grünliberale für Systemwechsel bei der Wohneigentumsbesteuerung
Für Rückfragen	Kathrin Bertschy, Nationalrätin, Tel. +41 78 667 68 85
Absender	Grünliberale Partei Schweiz, Postfach 367, 3000 Bern 7 Tel +41 31 323 05 30, eMail schweiz@grunliberale.ch , www.grunliberale.ch
Datum	27. Februar 2012

Grünliberale für Systemwechsel bei der Besteuerung von Wohneigentum

Die Grünliberalen lehnen die Volksinitiative „Sicheres Wohnen im Alter“ ab, da diese zu einer nicht begründbare Besserstellung von pensionierten Hausbesitzern gegenüber allen anderen Hausbesitzern führen würde. Stattdessen fordern die Grünliberalen in einem eigenen Vorstoss einen generellen Systemwechsel bei der Besteuerung von Wohneigentum: Die Eigenmietwertbesteuerung, im Gegenzug aber auch die Abzüge für Schuldzinsen und Unterhaltskosten von selbst bewohntem Wohneigentum sollen abgeschafft werden.

Für die Grünliberalen steht ausser Frage, dass bei der Besteuerung von Wohneigentum Handlungsbedarf besteht, da das heutige System falsche Anreize zur Verschuldung setzt. Die Besteuerung des fiktiven Eigenmietwerts auf selbstbewohntem Wohneigentum soll deshalb genauso abgeschafft werden wie die Steuerabzüge für Schuldzinsen und Unterhaltskosten. Dies muss allerdings mit einem konsequenten Systemwechsel geschehen. Die Volksinitiative „Sicheres Wohnen im Alter“, welche den Systemwechsel nur für Rentnerinnen und Rentner durchführen will und eine parlamentarische Initiative aus den Reihen der CVP, welche den Systemwechsel mit einer staatlichen Subventionierung des Erwerbs von Wohneigentum in der Form eines neuen Steuerabzugs verbindenden will, sind für die Grünliberalen kein gangbarer Weg und wurden im Nationalrat von der glp-Fraktion dementsprechend abgelehnt.

Da derzeit kein befriedigender Reformvorschlag vorliegt, werden die Grünliberalen in der laufenden Session eine eigene parlamentarische Initiative einreichen. Die Verfasserin des Vorstosses, Nationalrätin Kathrin Bertschy begründet den Vorstoss wie folgt: „Das heute bestehende Steuersystem bevorzugt Hausbesitzer mit hohen Schulden und es ist mit der Vielzahl an Steuerabzugsmöglichkeiten zudem kompliziert und damit intransparent. Mit einem konsequenten Systemwechsel, der die Abschaffung der Eigenmietwertbesteuerung, aber auch der Abzüge für Schuldzinsen und Unterhaltskosten vorsieht, wird das System transparenter, fairer und effizienter.“ Abzüge für Energiespar- oder Umweltschutzmassnahmen befürworten die Grünliberalen. Dies weil gerade bei Umwelt- und Energieproblemen nach wie vor Marktverzerrungen mit negativen Folgen für die Allgemeinheit vorliegen. Die Volksinitiative der Grünliberalen Energie- statt Mehrwertsteuer würde auch solche Abzüge erübrigen.